







## Steuervereinfachungs-gesetz verabschiedet

Berlin, 12. November.  
Das Reichsstatistikverordnungs-gesetz, das dem Reichsrat unverzüglich zugehen wird.

## Neue Lohnkonflikte

Berlin, 12. November.  
Der Engere Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der sich aus dem Vorstand und den Bezirksleitern zusammensetzt, nahm gestern in einer den ganzen Tag dauernden Sitzung Stellung zu dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie. Der Verbandsvorsitzende Brandes betonte als Auffassung des Vorstandes, daß der Schiedspruch alle Erwartungen gewaltig enttäuscht und ein Gefühl der Empörung ausgelöst habe. Die Entschädigung der Schlichterkammer sei ein Verstoß gegen Treu und Glauben. Auch die Begründung sei durchaus unbefriedigend. Gegenüber dem Hinweis darauf, daß der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie nicht förmlich auf andere Gebiete übertragen werden solle, sei die Stellung des Verbandes unbefriedigend geblieben, daß gegen jeden Lohnabbau, zumal wenn er auch das Reallohnniveau der Arbeiter verschlechtere, jeder nur mögliche Widerstand geleistet werde. Daß es der Verhandlungserfolge Ausmaß der Metallarbeiter in Westfeld. Die Auffassung des Vorstandes wurde in den Beratungen des Beirats unterfritten, wobei die Entschädigung darüber zum Ausdruck kam, daß ein solcher Schiedspruch mit der Stimme des Reichsstatistikverordnungs-gesetzes nicht vereinbar sei. Somit tritt der Erweiterter Beirat des Metallarbeiterverbandes zusammen.

Duisburg, 12. November.

Die Verhandlungen der Rheinisch-Westfälischen Arbeitgebergemeinschaft mit den Gewerkschaften über eine Neuregelung des Lohn- und Gehaltsstatutis sind gestern endgültig gelichtet. Die Rheinisch-Westfälischen Betriebe wollen nun verfahren, durch eine unmittelbare Verhandlung mit ihrem Personal zu einer Senkung der Löhne zu gelangen. Die erforderlichen Maßnahmen sind bereits eingeleitet worden.

Nordhorn, 12. November.

In den gestern unter Vorsitz des Schlichters von Westfalen geführten Verhandlungen im Kohlenrat in der Zeitzellindustrie einigten sich die Parteien dahin, in einigen Tagen die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Es befinden sich circa 5000 Zeitzellarbeiter im Streik.

## Ein erfreulicher Anfang.

Preislenkung für Brot und Fleisch.

Berlin, 12. November.

In politischen und wirtschaftlichen Kreisen wird die vom Reichsernährungsminister erreichte Senkung der Preise für Brot, Fleisch und Milch als ein erfreulicher Anfangserfolg betrachtet, der auf den anderen Gebieten der Ernährung noch verwirklicht werden soll. Es wird ausdrücklich betont, daß Berlin nur den Ausgangspunkt bildet und daß

die Senkung sich auf das ganze Reich erstrecken soll.

Zunächst gilt die Fleischpreislenkung nur für Schweinefleisch, das etwa mit zwei Dritteln an dem gesamten Fleischkonsum beteiligt ist. Es ist aber damit zu rechnen, daß auch für Rindfleisch und die übrigen Fleischsorten eine Preislenkung folgen wird. Die Preislenkung für Schweinefleisch gilt ab 11. November.

Die Verbilligung des Brotes tritt am 13. November in Wirksamkeit. Bei Brot ist Vorfrage dafür getroffen worden, daß keine Qualitätsverminderung eintritt.

Die Aktion zur Verbilligung der Kartoffel soll in baldiger Mege werden, daß sie sich noch auf die Einbeziehung des Winterbedarfes mit auswirkt.

Darüber hinaus hat der Reichsernährungsminister aber auch die Möglichkeit, den Zwiebelhandel in seine Aktion mit einzubeziehen. Entsprechende Schritte dürfen bereits eingeleitet sein.

## Wo liegen die Schwierigkeiten?

Zu den Besprechungen mit den Vertretern des Nahrungsmittel-Gewerbes im Reichsernährungsministerium wird von zukünftiger Stelle folgendes mitgeteilt: Die Besprechungen hätten sich sehr schwierig gestaltet.

Die Regierung habe keine gefestigte Handhabe gehabt, einen Druck auf die Gewerbe auszuüben, da keine Zwangsverpflichtung mehr bestünde und es in Deutschland keine Zwangsverpflichtung gebe.

Die Regierung sei also auf glatte Verhandlungen angewiesen gewesen. Besonders schwierig seien die Besprechungen mit den Bäckern und dem Fleischergewerbe gewesen. Es habe sich bei den Verhandlungen um Vertreter der Gewerbe für ganz Deutschland gehandelt.

Die Gewerbeverbände hätten nach langwierigen Verhandlungen zugestimmt, ihren Einfluß bei ihren Anhängern dahin geltend zu machen, die im Reichsernährungsministerium gefassten Beschlüsse über die Preislenkung anzunehmen.

In Berlin müsse das Rindfleisch um 5 Pfg. billiger werden. Es sei zu hoffen, daß eine Senkung nach und nach auch in der Provinz eintrete. Was die Senkung des Brotpreises angehe, so sei zu bedenken, daß in großen Teilen Deutschlands das Brot nach Gewicht verkauft werde, während in Berlin und etwa zwanzig anderen Städten der Preis festsetze und es den Bäckern aber überlassen sei, das Gewicht zu ändern. Namentlich sei erreicht worden, daß in Berlin und in den zwanzig anderen Städten das Brot nach Gewicht verkauft werde. Man habe sich mit den Bäckern Berlin darauf geeinigt, das Gewicht des Normalbrottes auf 1250 Gramm festzusetzen und den Preis dieses Brotes um 50 auf 46 Pfennig zu senken. Die Berliner Großfabriken, die ursprünglich auch eine Preislenkung von 4 Pfennig für das Normalbrot zugelassen hatten, hatten der Regierung mitgeteilt, daß sie den Preis nur um 2 Pfennig, also auf 48 Pfennig senken könnten.

Besondere Schwierigkeiten habe bei den Verhandlungen der Umfang gemacht, doch sowohl die Mehrpreise wie die Schweinepreise in letzter Zeit angezogen hätten. Trotzdem sei zu hoffen, daß der Preis für Schweinefleisch bis zum Frühjahr ganz erheblich sinken würde. Die Regierung beabsichtige, wünschentlich die Spanne zwischen Groß- und Kleinhandelspreis für Schweinefleisch bekanntzugeben, damit jeder Verbraucher die Vorteile des Schlichters genau kontrollieren könne. Da am Berliner Viehmarkt der Preis

für Schweinefleisch um vier bis fünf Mark gefallen ist, so sei zu erwarten, daß sich die Preislenkung beim Schlichter namentlich umgehend auswirken werde.

## Gehaltslenkungen in Rüstfabriken: Staatsbetrieben

Dresden, 12. November. Zwischen der sächsischen Regierung und den Direktoren und leitenden Angestellten der verbenden Staatsbetriebe finden zur Zeit Verhandlungen über eine Gehaltslenkung im Ausmaß von durchschnittlich zwanzig Prozent statt. Da die meisten der in Frage kommenden Herren langjährige Verträge haben, handelt es sich dabei um einen freiwilligen Verzicht. Wie über den Fortgang der Verhandlungen bekannt wird, ist damit zu rechnen, daß eine zwanzigprozentige Gehaltslenkung von den betreffenden Herren anerkannt wird. Der Termin, an dem die Gehaltslenkung in Kraft treten soll, und der Kreis der beteiligten Personen liegt noch nicht fest. Ferner liegt noch offen, ob nicht in einzelnen Fällen bei weniger hohen Gehältern eine gewisse Staffelung der Gehaltslenkung angewendet werden wird. Die Verhandlungen dürften in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen.

## An der Wefermündung gefranst.

Bremen, 12. November. Der englische Dampfer „Indiana“ landete ein Seerettungsboot, demzufolge sich an der Wefermündung ein Höherboot mit sieben Mann Besatzung in Seenot befindet. Das Rettungsboot der Station Bremerhaven der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger ist im Tau des Schleppers „Dreke“ nach der Unfallstelle in See gegangen. Die Rettungsarbeit gestaltet sich wegen des herannahenden Sturmes außerordentlich schwierig. Nähere Einzelheiten fehlen bis jetzt noch.



Zu den Wahlen in Bielefeld.

Oben links: Bauer, Führer der österrheinischen Sozialdemokraten; rechts: Seipel, Außenminister; Mitte: Schoder, Führer der Nationalen Wirtschaftspartei; links unten: Bauglin, Bundeskanzler; rechts: Fürst Starbomberg, Innenminister und Führer der Heimwehren.

## Korbweiden-Verkauf.

Die Versteigerung des diesjährigen Aufwuchses an Korbweiden unter ca. 16 Morgen großer Kultur findet  
**Freitag, den 14. November 1930, vorm. 11 Uhr**  
an Ort und Stelle statt.  
Der Verkauf erfolgt meistbietend unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen.  
von Heiderich'sches Realamt, Nebra a. N.

## Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Freitag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr  
Franz Baumann, der große Rundfunk-Sänger in seinem  
Groß-Tonfilm:  
**Student sein, wenn die Veilchen blühen**  
Ein Film von Jugendlust und Liebesmut,  
von Liebe und von Abenteuer...  
Hauptdarsteller: Franz Baumann, Anita Dorris,  
Fred Louis Berg, Gise Neol, Edith Scholler usw.  
Außerdem  
**„Flip auf Freierstüben“**  
ein Ton-Lustspiel  
Dazu ein gutes Beiprogramm  
Vorverkauf bei Max Vorwardt

Nur für  
**Rundfunkhörer**  
die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reichillustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkzeitschrift  
**Der Deutsche Rundfunk**  
Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

## Hypotheken

jeder Art zu 5 1/2% Zinsen einzahl. Amortisation vermittelt vorkaufsfrei  
Otto Weber, Alstedt  
Bahnhofstraße 13

**Drucksachen**  
aller Art  
in geschmackvoller, sauberer Herstellung liefert billigst die  
Buchdruckerei W. Sauer  
Röhlben

Weltweit haben die  
**Abplatz-Ferkel**  
der berühmten schweren westfälischen sowie holländischen Rasse, kernreich, langgeleckt, mit Schanzpoten, die besten zur Zucht und Mast. Ferkel hieran jeden Bogen reich unter Nachnahme. Offerte freibleibend:  
6-8 wöch. 9-14 RM. 8-10 wöch. 14-19 RM.  
10-12 wöch. 19-25 RM. 12-15 wöch. 25-32 RM.  
Größere nach Wunsch billiger. Garantie für prima Tiere, beste Ferkel sowie völlig gesunde Mutter noch 10 Tage nach Empfang. Es kommen nur allerbeste, direkt vom Schlücker kommende Tiere zum Versand, daher unbedingt züchtungs- und gesundheitsgemäß, aber auch wirtschaftlich. Viele Dankbriefe und Anerkennungen beweisen die streng kontrollierte Züchtung. Bitte genaue Beschreibung angeben.  
Heinrich Jutus, Ferkelerhofland  
Schloß Halle i. Westf. Fernruf 53  
Zoostraße 10 und ältestes Geschäft am Platz.

**MEYERS LEXIKON**  
EIN GRIFF GENÜGT  
12 BÄNDE VON A-Z  
VOLLSTÄNDIG  
Ausführlicher, illustrierter Prospekt kostenlos durch jede Buchhandlung

... und es erspart  
Zeit und Arbeit:  
**ZONIT**  
das moderne  
Waschmittel

Gegen üblen Mundgeruch  
Es will nicht verstanden, Ihnen Mitteilung zu machen, daß Sie seit dem Gebrauch dieser Zahnpaste „Zahoront“ nicht nur reine, weiße Zähne besitzen, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren haben. Sie werde Sie „Zahoront“ ausbleichen, Sie werden Sie es nicht nur mit einer Zahnpaste, sondern mit einem Zahnpulver zu 60 Pf. verlangen. Sie aber ein Zahnpulver und weichen Sie jeden Erfolg dafür garantiert.

**Weihnachtsbitte**  
für 800 Pfleglinge der Pflegerinnen  
Anstalten in Magdeburg-Graun.  
Es läßt sich nicht denken, Ihnen Mitteilung zu machen, daß Sie seit dem Gebrauch dieser Zahnpaste „Zahoront“ nicht nur reine, weiße Zähne besitzen, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren haben. Sie werde Sie „Zahoront“ ausbleichen, Sie werden Sie es nicht nur mit einer Zahnpaste, sondern mit einem Zahnpulver zu 60 Pf. verlangen. Sie aber ein Zahnpulver und weichen Sie jeden Erfolg dafür garantiert.  
Wie können Guren Willen,  
Und Ihr nicht unfre Not.  
O elter, Sie zu helfen  
Nach göttlichem Gebot!  
Viel hundert Hände strecken  
Sich aus auch dieses Mal.  
Sollt mehr Hände helfen  
Für unfre Pflegebedürftige!  
Was Ihr an unfren Kranken  
Und Krüppeln gern gebt,  
Wird Euch der Himmel danken,  
Der reichlich Segen gibt.  
Freundliche Gutesgaben in der wolle man auf  
Botschaften der Pflegerinnen Anstalt Magdeburg 1409 empfangen, Gegenstände und Lebensmittel an das Büro senden.

# Neuener Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Nohleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Nohleben.  
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 30 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Staatspartkassa Neuba — Bankverein Aueren.

№ 135

Donnerstag, den 13. November 1930

43. Jahrgang

## Das Reichsvermögen.

Aktiven und Passiven.

Berlin, 12. November.

An dem finanziellen Ueberblick über den Haus- u. 1931 findet sich auch eine Vermögensaufstellung des Reichs. Danach bestehen die Aktiven aus Gegenständen, beweglichen Sachen, Darlehen, Beteiligungen des Reichs an wirtschaftlichen und sonstigen Unternehmungen und an Wertpapieren.

Der Grundbesitz des Reichs

Am Ende März 1930 eine Vermögensaufstellung des Reichs. Danach bestehen die Aktiven aus Gegenständen, beweglichen Sachen, Darlehen, Beteiligungen des Reichs an wirtschaftlichen und sonstigen Unternehmungen und an Wertpapieren.

Die Darlehen

betragen nach dem Stande vom 1. Oktober 1930 rund 893 Millionen Mark. Sie sind in gewissem, allerdings recht beschränktem Umfang eine Vermögensreserve des Reichs. Gegenüber dem Vorjahr ist die Summe der Darlehen fast zurückgegangen, und zwar von 1507 Millionen auf 893 Millionen Mark. Sie haben sich also um 609 Millionen vermindert. Diese Verminderung ist freilich nicht darauf zurückzuführen, daß in diesem Umfang Darlehen zurückgezahlt worden sind, die Verminderung ist vielmehr in großem Umfang aus Kosten des Reichs eingetreten, weil sich nämlich die Reichsregierung entschlossen hat, das Gesamtvermögen in Höhe von 623 Millionen Mark, das der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gegeben war, wieder zurückzuführen. Bei den im Besitz des Reichs befindlichen Wertpapieren

handelt es sich vor allem um den Besitz an Vorkursanleihen der Reichsbankgesellschaft, der sich am 30. September 1930 auf einen Betrag von 731 Millionen Mark erwies. Von diesen Vorkursanleihen ist in nächster Zeit ein größerer Posten veräußert worden, und zwar sind im Haushaltsplan 1930 300 Millionen Mark als Erlös durch einen solchen Verkauf im außerordentlichen Haushalt der Allgemeinen Verwaltung eingestellt. Ebenso ist in den Haushaltsplan für 1931 ein weiterer Verkauf mit einem Gesamterlös von 150 Millionen Reichsmark vorgesehen.

Die Passiven des Reichs

bestehen einmal aus dem Garantie-Risiko aus den in Gesamthöhe von 684 Millionen Mark übernommenen Garantien, zweitens aus Forderungen gegen das Reich. Hier sind vor allem zu erwähnen die Forderungen der Länder auf Grund der Berechtigung der Eisenbahn- und Postverwaltung, auf Grund des Betriebs von Staatsbahnen durch den Friedensvertrag usw. Die Höhe dieser Forderungen läßt sich zur Zeit noch nicht annähernd angeben. Weiterhin bestehen die Passiven aus der Reichsschuld, die am 30. Septem- ber 1930 10 506 Millionen Mark betrug. Dazu kommt die fällige Schuld, die am 31. Dezember 1929 1694 Millionen Mark und am 30. September 1930 1200 Millionen Mark betrug. Sie hat sich also um rund 400 Millionen Mark ermäßigt.

## Oesterreichische Endergebnisse.

Die Stimmverteilung bei den Wahlen.

Wien, 12. November.

Nach einer neuen Berechnung des Endergebnisses der Nationalratswahlen auf Grund inzwischen angelangter Korrekturen haben die Sozialdemokraten rund 1,5 Millionen Stimmen erhalten, was einen Verlust von rund 30 000 Stimmen gegenüber den Wahlen von 1927, jedoch nach ein Mehr von 196 000 Stimmen gegenüber den Wahlen von 1923 ergibt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß 1923 die Wahlberechtigung nur rund 0,3 Millionen Stimmen geringer gemessen ist als 1927.

Die Christlich-Sozialen

haben rund 1,3 Millionen Stimmen erhalten. Ein Vergleich mit dem Ergebnis der Wahlen von 1927 läßt sich hier nicht anstellen, weil es damals eine Einheitsliste der Großdeutschen und Christlich-Sozialen gab. Gegenüber 1923, wo die Christlich-Sozialen selbständig vorgingen, bedeutet die letzte Stimmverteilung einen Verlust von rund 184 000 Stimmen, der infolge der geringeren Wahlbeteiligung von 1927 noch schwerer ins Gewicht fällt.

Der Söbderbund

hat rund 414 000 und die Landbündler in Oberösterreich und Salzburg, die selbständig vorgingen, rund 43 000 aufgebracht, jedoch sind für beide zusammen eine Gesamtstimme von rund 457 000 Stimmen ergibt. Gegenüber 1923, wo Landbündler und Großdeutsche zusammengingen, bedeutet dies ein Mehr von rund 35 000 Stimmen.

Auf den Heimatblock

entfielen 224 000, auf die Nationalsozialisten rund 109 000 Stimmen. Vergleiche mit früheren Wahlen

lassen sich hier nicht ziehen, für die Nationalsozialisten deswegen nicht, weil sie zum Teil andere Listen wählten. Schätzungsweise dürften bei diesen Wahlen 27 bis 30 000 Stimmen eingebracht haben.

Auf die Kommunisten

entfielen 20 000 Stimmen gegenüber 16 000 im Jahre 1927, die Kleinrentnerpartei (Oesterreichische Volkspartei) 14 000, die demokratische Mittelpartei 10 000 und die Zionisten 2000. Insgesamt haben die nichtmarxistischen Parteien 2,1 Millionen erhalten, rund 60 000 mehr als bei den Wahlen von 1927.

## Eine Zerkloffigkeit.

Waffenstillstandsfeier im Abrüstungsausschuss.

Genf, 12. November.

Im Abrüstungsausschuss des Völkerbundes fand am Waffenstillstandsfeier eine kurze Feiern statt. Am 11. Uhr erhob sich der Präsident des Ausschusses, Loubon, und bat um Ausschluß, im Gedenken an die Gefallenen des Weltkrieges eine Minute in Stillschweigen zu verharren. Sämtliche Abgelassen und Vertreter der internationalen Presse folgten dieser Aufforderung.

Die deutsche, die türkische und die bulgarische Abordnung nahm an der Feier teil. Die deutsche Abordnung begründet ihre Teilnahme mit dem Hinweis, daß in vorhergehenden Verhandlungen mit dem Präsidenten des Ausschusses die Anerkennung gegeben worden ist, daß der für das ganze deutsche Volk so schmerzliche Waffenstillstand ebenso wie der Versailleser Vertrag in der Erklärung des Präsidenten nicht erwähnt werden werde, die Feier vielmehr lediglich den Gefallenen des Weltkrieges gälte. Unter diesen Umständen ließ sich die deutsche Abordnung veranlassen, an der Feier teilzunehmen. Immerhin bleibt die Frage bestehen, aus welchem Grunde ein Austausch des Waffenstillstandes, der offiziell mit dem Waffenstillstand nicht das mindeste zu tun hat, sich veranlaßt sieht, gerade am Waffenstillstandstage eine Feier abzuhalten, die unermesslich in Verbindung mit dem 11. November für das deutsche Volk nur schmerzliche Erinnerungen wachrufen kann. Die Schweiz als ein neutrales Land hat bisher noch niemals den 11. November als den Waffenstillstandstag in irgendeiner Weise gefeiert.

## Die Genfer Verhandlungen.

Einheitliche Höflichkeit für die Rekrutenausbildung.

Genf, 11. November.

Am Abrüstungsausschuss wurde nach einer 15stündigen Aussprache über die militärische Ausbildungszeit der Rekruten der Staaten mit allgemeiner Dienstpflicht verhandelt. Ein norwegisch-englischer Kompromissvorschlag nach dem auf der einen Seite eine Höflichkeit für die militärische Ausbildung der Rekruten gleichmäßig für alle Staaten festgesetzt werden sollte andererseits die einzelnen Staaten die eigene militärische Dienstzeit ihrer Rekruten im Einkommen ansetzen sollen, wurde in den Mittelpunkt der Verhandlungen gestellt.

Die ursprüngliche Bestimmung des Abkommensentwurfs, die lediglich von einer Benennung der militärischen Ausbildungszeit der einzelnen Staaten spricht, wurde schließlich mit 19 Stimmen angenommen, wobei Graf Bernstorff und Mikoyan sich der Stimme enghielten.

Ferner wurde ein französischer Zusatzantrag angenommen, nach dem die Staaten verpflichtet sind, die militärische Ausbildungszeit der Rekruten, der Armee und der Luftwaffe getrennt festzusetzen. Der englisch-norwegische Antrag, eine einheitliche Höflichkeit für die militärische Ausbildung der Rekruten festzusetzen, bindend für sämtliche Staaten, wurde jedoch mit 7 gegen 6 Stimmen, gleichfalls bei Stimmenthaltung Deutschlands, angenommen.

## Die Gewaltpolitik im Memelgebiet.

Vor dem Zusammentritt des neuen Landtags.

Memel, 11. November.

Der neue memelländische Landtag wird, nachdem sein Zusammentritt durch litauische Quereintritten über vierzehn Tage lang hinausgezögert worden ist, am 12. November seine erste Sitzung abhalten. Infolge der Ausschaltung der beiden Vertreter der Wehrheitsparteien aus der Landesregierung, der Hefts der litauischen Presse und der wieder sehr lebhaften Handlungen der Genfer gegenüber der deutsch-memelländischen Presse hat die Lage im Memelgebiet erneut eine bedrohliche Zuspitzung erfahren.

Da die litauische Presse ganz offen auf eine Sabotage der Genfer Vereinbarungen hinarbeitet und es den Litauern bereits gelungen ist, das auf Grund der Genfer Zielsetzungen ungesetzliche Landespräsidenten zu ernennen, so muß man die schimmigen Befürchtungen auch für den Ausgang der Verhandlungen über die jetzt fällig werdende Neubildung der Landesregierung hegen. Alles deutet darauf hin, daß die litauische Regierung die Regierungsbildung im Memelgebiet so lange als möglich verdrängen und inzulassen dem litauischen Landespräsidenten zu versuchen, der nach der Zunsiederlegung der beiden deutschen Landesdirektoren allein in Memel regiert, einen Freibrief für die Fortsetzung seiner deutschfeindlichen Politik ausstellen wird.

Zu diesen Vorgehen scheint die litauische Regierung nicht zuletzt auch dadurch ermutigt zu sein, daß bisher weder von Seiten Deutschlands noch des Völkerbundes energische Maßnahmen getroffen worden sind, um die litauische Regierung zur Einhaltung ihrer Genfer Verpflichtungen zu zwingen.

Man hält es daher im Memelgebiet für dringend erforderlich, daß im Hinblick auf die immer bedrohlicher sich gestaltende Entwicklung, die dem Chaos zutreibt, Deutschland möglichst die notwendigen Schritte einleitet, um den unheilbaren Zuständen ein Ende zu machen.

## Regierungskrise in Belgien.

Das Kabinett zurückgetreten.

Brüssel, 12. November.

Die liberalen Minister des belgischen Kabinetts haben ihren Rücktritt erklärt. Dieser Schritt ist auf eine Entschärfung der Liberalen Vereinigung in Brüssel zurückzuführen, die die Haltung der liberalen Minister in den Landesverhandlungen fragwürdig hält. Es handelt sich um den Außen-, Kultur-, Verkehrs-, Justiz- und Postminister.

Nach erfolgtem Rücktritt der liberalen Minister ist das gesamte belgische Kabinett zurückgetreten.

## Eine Friedensrede Hoovers.

Amerika will bei europäischen Streitfällen vermitteln.

Neuport, 12. November.

Anlässlich des Waffenstillstandes hielt Präsident Hoover vor einer Versammlung des Völkerbundes für internationale Freundschaft in Washington eine Rede, der angesichts der Genfer Abrüstungsberatungen besondere Bedeutung zukommt.

Wenn man der Opfer des Weltkrieges gedachte, so führe Hoover aus, dann müßten die Völker immer noch nach neuen weiterreichenden Möglichkeiten zur Sicherung des Friedens suchen. Wenn auch der Ausbruch zur Zeit vielleicht ermutigend sei als von 50 Jahren, so dürfe doch nicht übersehen werden, daß die Völker in Wirklichkeit ständig im Streit miteinander leben. Er sei überzeugt, daß sich dieser Zustand nicht ändern werde.

Hoover präsidierte dann den Vorkongress als ein nachvolles Friedensinstrument.

Dieser Kongress wurde eines Tages vielleicht in einer Weise erweitert werden, daß zum mindesten die Mobilisierung der Weltmeinung gegen verabschiedliche Völker gewährleistet sei. Schreier jedoch wären zwischenstaatliche Verträge, die für den Streitfall die Anwendung atropischer Verhandlungsmethoden sicherstellen. Amerika werde den Grundlag der Schiedsgerichtsverträge in seinen ausweitenden Beziehungen weiterentwickeln. Der Präsident verteidigte alsdann seine vorläufige Anregung, die Lebensmittellieferanten in Kriegszeiten sicherzustellen.

Als eine Nation, deren Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit als Frage geboren ist, könne Amerika nicht behaupten, daß niemals ein gerechter Grund für Kriege gegeben sei oder sein werde. Auch könne man nicht annehmen, daß das Rechtsbewußtsein in der Welt sich bereits so entwickelt habe, daß man großes Vertrauen in die Anwendung friedlicher Mittel zur friedlichen Beilegung von Meinungsverschiedenheiten setzen könne.

ob die bekamen ein, und was die mal nicht besaf sich zu entscheiden in stimmung befehlen die letzten Endes

Sicherheit und gen, die sich aus herten. Die merze den Char ter vermiffend ihre verpflichtung, aus-n, nicht nachkom-von der Möglich-ke Bemittlung befehlen.

partei.

landschaft. 11. November. Der Reichsstaats-Direktor gewährt genommene: Der drei fordert die nspartei auf, jo

den Einheits-

litauischen Mitteln, unter Umständen auch mittels Volksgehrens und Volksentscheids in die Tat umzusetzen. In der Erkenntnis, daß die Haltung eines starken litauischen und städtischen Mittelstandes eins der wichtigsten Erfordernisse der inneren Politik sein muß, bekennt sich der Gründungsparlament der Deutschen Staatspartei zu einer

litauischen Mittelstandspolitik.

Entgegen den bisher vielfach herrschenden Tendenzen in der Agrarpolitik wird die Staatspartei darauf Bedacht nehmen, eine entzündende Bauernpolitik zu treiben.

Eine lafraktäre Bauernbewegung

lafraktäre Bauernbewegung